

Braunschweiger Volksfreund

Nr. 3/2008

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

September/Oktober 2008

Vierte Gesamtschule in Volkmarode?

Braunschweigs vierte Gesamtschule soll kommen – allein der Standort ist strittig. Die SPD fordert eine Standortsuche nach objektiven Kriterien ohne Vorbedingungen. Das lehnen CDU und FDP ab.

Noch im April dieses Jahres schien sich der Rat der Stadt einig zu sein: Die CDU-FDP-Mehrheit hatte ihren Widerstand gegen die Errichtung einer weiteren Gesamtschule aufgegeben. Der Rat forderte die Stadtverwaltung auf, ein Konzept vorzulegen, wie die Errichtung einer weiteren Gesamtschule in Braunschweig umgesetzt werden könne. Damals schien es tatsächlich so, als wolle auch die Ratsmehrheit endlich dafür sorgen, dass die Angebotslücke von jährlich über 300 fehlenden Gesamtschulplätzen in Braunschweig geschlossen oder zumindest deutlich verringert wird. Eine Forderung, die von der SPD schon längst aufgestellt wurde. Einig war sich eine große Mehrheit im Rat, dass teure Neubauten vermieden werden könnten und sollten, da bei rückläufigen Schülerzahlen genügend Schulraum zur Verfügung steht.

Standort Rünigen – zu klein und zu teuer –

Die erste Ernüchterung kam im Juni, als die Verwaltung als Standort für die vierte Gesamtschule das Gebäude der Grund- und Hauptschule Rünigen vorschlug. Das hätte die Auflösung sowohl des Grundschul- als auch des Hauptschulstandortes und die zusätzliche Errichtung von Erweiterungsbauten in erheblichem Umfang erfordert. Außerdem erschien es sehr verwunderlich, dass für die neue IGS ein Standort am Stadtrand vorgeschlagen wurde, der sich nicht gerade durch besonders gute Verkehrsanbindung auszeichnet. Immerhin muss eine neue Gesamtschule nach den Vorgaben der Landesregierung etwa 1200 Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die aus dem gesamten Stadtgebiet anreisen. Nach Protesten von Eltern, Schülern und



Lehrern zog die Verwaltung den Vorschlag zurück.

Standort Volkmarode – lange Schulwege und hohe Kosten –

Jetzt soll nach Auffassung der Verwaltung die vierte Gesamtschule im Schulzentrum Volkmarode entstehen. Allerdings hat auch dieser Standort erhebliche Nachteile: Hier müssen ebenfalls Neubauten in erheblichem Umfang errichtet werden, und es müssten dort ebenfalls die Hauptschule und die Realschule aufgelöst werden. Vor allem ist aber der Nordosten der Stadt bisher schon hervorragend mit Gesamtschulen versorgt: mit der IGS Querum und der IGS Franzisches Feld. Andererseits gibt es dann im Nordosten der Stadt keine Realschule und keine Hauptschule mehr. Das führt zu erheblichen Konsequenzen für die Schülerinnen und Schüler: In den nordöstlichen Stadtteilen Volkmarode, Schapen, Dibbesdorf, Hondelage und

Braunschweiger Gesamtschulen

Die grünen Punkte markieren die drei Standorte der bereits existierenden Gesamtschulen Weststadt, Franzisches Feld und Querum.

Der gelbe Punkt kennzeichnet den strittigen, geplanten Standort in Volkmarode.

Grafik: Stadt BS / D. Kühn

Querum ergeben sich unzumutbar lange Schulwege zu den Haupt- und Realschulen. Vor allem aber bleiben lange Wege für Schülerinnen und Schüler aus dem Süden der Stadt, die eine IGS besuchen wollen.

Vierte IGS mit Standortproblem?

Die Absicht, die CDU/FDP und Schuldezernent Laczny (CDU) verfolgen, scheint klar: Sie wissen, dass die Länge des Schulwegs ein wichtiger Faktor bei der Wahl der Schule ist. Wenn sie eine weitere IGS nicht verhindern können, dann soll ihr Besuch wenigstens unattraktiv gemacht werden, damit möglichst wenige Eltern ihr Kind auf eine IGS senden. Hierzu passt der Vorschlag, die dringend benötigte Oberstufe der IGS Querum nicht etwa an diesem Standort, sondern in der Nibelungenschule im Siegfriedviertel entstehen zu lassen – mit all den Nachteilen, die für Schüler und Lehrer durch die räumliche Trennungen entstehen. Bei den Gymnasien dagegen sollen solche Außenstellen abgebaut werden.

Weitere IGS im Süden?

Die SPD kämpft dafür, dass die Schülerinnen und Schüler, die eine Gesamtschule besuchen wollen oder schon besuchen, gegenüber den Besuchern von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien nicht benachteiligt werden. Wird die vierte IGS in Volkmarode eingerichtet, stellt sich die Notwendigkeit einer weiteren Gesamtschule im Süden der Stadt – der Bedarf ist schon jetzt nachgewiesen.

RegioStadtBahn auf der Zielgeraden?

Bachmann: „Nach der Absichtserklärung müssen Taten folgen!“

■ In einer gemeinsamen Absichtserklärung haben sich der Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB), das Deutsche-Bahn-Tochterunternehmen DB-Netz und die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) jetzt verpflichtet, das Projekt RegioStadtBahn voranzubringen. Nachdem in der politischen Sommerpause SPD-Landtagsabgeordnete unserer Region die Verzögerungen bei der Realisierung kritisiert hatten, hoffen sie nun, dass ab 2013 tatsächlich Regionalbahnen zwischen Gifhorn, Braunschweig und Goslar fahren werden.

In der Absichtserklärung übernimmt DB-Netz den Ausbau des Schienennetzes und der Bahnhöfe. Der Zweckverband garantiert DB-Netz eine Betriebsdauer von mindestens 20 Jahren und sichert dem Unternehmen damit indirekt auch die Trassengebühren für diesen Zeitraum. Zudem sagt DB-Netz zu, beim Bund den Antrag auf Fördergelder zu stellen, sobald der Bau- und der Finanzierungsplan vorliegen. An den Plänen werde allerdings noch gearbeitet. Grundsätzlich sollen sich Bund, Länder und Kommunen die Kosten des Projekts RegioStadtBahn teilen.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann begrüßt, dass auch Wolf-Rüdiger Gorka, Geschäftsführer der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen, die Absichtserklärung unterzeichnet hat: „Die Nahverkehrsgesellschaft und Wirtschaftsminister Walter Hirche waren es doch, die in der Vergangenheit immer neue Hürden errichtet und damit die Realisierung verzögert haben.“ Im Sommer unternahm Bachmann deshalb mit weiteren SPD-Landtagsabgeordneten aus der



■ Teilnehmer der RegioStadtBahn-Bereisung (von links): Hans-Georg Bachmann, Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion in Wolfsburg, Dörthe Weddige-Degenhard MdL, Klaus-Peter Bachmann MdL, Marcus Bosse MdL und Klaus Schneck MdL.

Foto Matthias Stoffregen

Region Braunschweig eine Reise auf den zukünftigen Stadtbahnstrecken, um demonstrativ Druck auf die Landesregierung zu machen.

Die SPD-Landtagsabgeordneten sehen die RegioStadtBahn als Garant des öffentlichen Nahverkehrs und als wichtigen Wirtschaftsfaktor für die Zukunft an. Steigende Kraftstoffpreise veranlassen die Bürger zunehmend, vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Das Nahverkehrsangebot ist aber jetzt schon knapp. So bescheinigt auch das jüngste Wirtschaftlichkeitsgutachten eindeutig, dass die Bahn profitabel in der Region fahren könnte.

Bachmann mahnt deshalb: „Nach der Absichtserklärung müssen Taten folgen! Wir

diskutieren bereits seit 15 Jahren über die Einführung der RegioStadtBahn. In dieser Zeit haben Städte wie Karlsruhe oder Kassel mit Hilfe von Fördergeldern ein Vielfaches an Nahverkehrsangeboten dieser Art realisieren können. Nachdem zur Weltausstellung Expo 2000 das S-Bahn-Netz der Region Hannover ausgebaut wurde, ist es an der Zeit, die Verkehrsstrukturen der Region Braunschweig zu fördern. Deshalb werden wir die Strecken der zukünftigen RegioStadtBahn so lange bereisen, bis sie endlich fährt.“

Auf eine Route für die Reise im kommenden Jahr haben sich die Landtagsabgeordneten schon geeinigt: Von Braunschweig aus wollen sie mit Regionalzügen nach Goslar reisen.



■ Seit vielen Jahren ist Braunschweig schon auf die RegioStadtBahn vorbereitet. Die vorgesehenen Trassen sind bereits zu einem guten Teil mit den notwendigen breiten Spuren ausgestattet. Das hat Millionen gekostet. Foto: A. Gräbner

SPD will Mindestlohn auch für Leiharbeit

■ Bei der Konferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen zusammen mit den Gewerkschaften IG Metall und ver.di waren sich am 17. September alle Anwesenden einig, dass der Missbrauch der Leiharbeit durch Gesetzesänderungen eingedämmt werden muss. So sollten auch Leiharbeiter einen Mindestlohn erhalten.

Leiharbeiter verdienen durchschnittlich 40% weniger als ihre Kollegen in normalen

Arbeitsverhältnissen, bei gleicher Tätigkeit und gleicher Qualifikation. Die Chancen, aus diesem Niedriglohnbereich herauszukommen, sind sehr gering.

Denn findige Arbeitgeber missbrauchen die Gesetze zur Leiharbeit, die ursprünglich für Auftragsspitzen und Krankheitsvertretungen gedacht war, indem sie Dauerarbeitsplätze streichen und stattdessen Leiharbeiter beschäftigen. Das zeigen Umfragen unter Betriebsräten.

Noch mehr Fernwärme für Braunschweig

Kraft-Wärme-Kopplung nutzt der Umwelt und spart Heizungskosten.
Überzeugendes Konzept kommt ohne Anschlusszwang aus.

In unserer Stadt gab es eine lange und aufgeregte Diskussion über den Vorschlag der Stadtverwaltung, in der Innenstadt die Pflicht zum Anschluss an das Fernwärmenetz einzuführen. Bei dieser von vielen mit großer Leidenschaft geführten Diskussion trat oft in den Hintergrund, worum es überhaupt geht.

Bei der herkömmlichen Stromerzeugung in Wärmekraftwerken wird weniger als die Hälfte der Energie des Brennstoffs in elektrische Energie umgewandelt. Der größere Teil geht als Abwärme verloren. Das hat physikalische Ursachen und lässt sich nicht ändern. Und deshalb haben die meisten Kraftwerke in Deutschland einen Wirkungsgrad von deutlich weniger als 50%.

Aber es gibt eine bessere Möglichkeit der Energienutzung, die sogenannte Kraft-Wärme-Kopplung. Dabei wird die Abwärme nicht nutzlos über Kühltürme an die Umgebung abgeführt, sondern als Fernwärme über Rohrleitungen zu Wohngebäuden geleitet und dient dort zur Heizung. Davon profitieren alle:

- ▶ Das Energieunternehmen, weil zur Wärmeerzeugung kein zusätzlicher Brennstoff benötigt wird,
- ▶ die Fernwärmekunden, weil dieser Vorteil durch niedrige Heizungsrechnungen an sie weitergegeben wird,
- ▶ die Umwelt, weil durch den geringeren Brennstoffeinsatz weniger klimaschädliches Kohlendioxid erzeugt wird und

▶ die Luftqualität in Braunschweig, weil ein zentrales Kraftwerk die Luft mit weniger Feinstaub belastet als eine Vielzahl von einzelnen Wohnungsheizungen.

Nun hat bs-energy erklärt, dass es für den weiteren Ausbau der Fernwärmeversorgung in der Innenstadt ohne Anschlusspflicht auskommen will. Die Begründung: Das Unternehmen ist überzeugt davon, Fernwärme zu so günstigen Tarifen anbieten zu können, dass sich genügend Kunden finden werden, um die teure Verlegung der Fernwärmeleitungen rentabel zu machen. Dabei helfen soll auch ein großzügiges Förderprogramm: Das Unternehmen wird bis zu 50% der Kosten übernehmen, die bei der Umstellung von der bisherigen Heizung auf Fernwärme entstehen. Dieses Programm ist auch attraktiv für die Braunschweiger Wirtschaft, denn dabei werden allein in den nächsten sieben Jahren Investitionen von 25 bis 40 Millionen Euro anfallen. Das sichert Arbeitsplätze in unserer Region, weil viele dieser Arbeiten von ortsansässigen Unternehmen durchgeführt werden.

Nach Abschluss der Maßnahme wird Braunschweig eine Spitzenstellung im Umweltschutz einnehmen, zumindest bei der Wärmeversorgung der Wohngebäude. Eine noch bessere Bilanz scheidet an der unzureichenden Wärmedämmung der öffentlichen Gebäude aufgrund des hohen Sanierungsstaus. Hier muss ebenfalls noch viel geschehen.



Im Heizkraftwerk Mitte wird eine neue Gas- und Dampfturbine zur Kraft-Wärme-Kopplung errichtet. Foto A. Gräbner

Ausbau der Nordkurve beginnt 2009!

Das Oberzentrum Braunschweig wird gestärkt: Forderung der SPD wird endlich umgesetzt.

Er zog sich lang wie Kaugummi: der quälende Entscheidungsprozess über den Ausbau des Eintrachtstadions. Die hochfliegenden Pläne scheiterten immer wieder an sportlichen Misserfolgen und finanziellen Problemen.

Besonders umstritten war der Neubau der Haupttribüne, in dem auch sogenannte VIP-Logen untergebracht werden sollen. Die führenden Vereine der Bundesliga erzielen dadurch hohe Einnahmen, die zur Deckung der Kosten des Spielbetriebs verwendet werden können. Daher ist es auch in Braunschweig angemessen, dass die entstehenden Kosten vom Verein getragen werden. Das scheint bei der finanziellen Lage der Eintracht schwierig zu sein, und so gab es immer neue Gespräche, aber keinen Beschluss.

In dieser Situation machte der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Manfred Pesditschek

den Vorschlag, zunächst mit dem Ausbau der Nordkurve zu beginnen: „Braunschweig ist das Oberzentrum der Region. Die sportlichen Ereignisse im Eintracht-Stadion finden Zuschauer und Fans aus der gesamten Region. Darum muss Braunschweig auch ein Stadion vorhalten,

Kommentar von Manfred Pesditschek:

„Das hätten sich CDU und FDP auch gleich überlegen können. Aber diese Fraktionen ziehen es leider vor, geradezu reflexhaft jeden noch so sinnvollen Vorschlag abzulehnen, wenn er von einer Oppositionsfraktion kommt. Schön, dass CDU und FDP doch noch zur Einsicht gekommen sind. Das hätten sie früher haben können. So es ist schade um die verlorene Zeit.“

das diesem oberzentralen Anspruch entspricht. Das Eintrachtstadion gehört der Stadt, also ist die Stadt auch für den Stadionausbau zuständig. Dazu gehört der Ausbau der Nordkurve.“

Die Reaktion bei der Ratsmehrheit aus CDU und FDP war nur Hohn und Spott. Statt sich sachlich mit diesem Vorschlag auseinanderzusetzen, versuchten sie, der SPD Unkenntnis zu unterstellen. Inzwischen ist allerdings klar, wer hier neben der Spur lag: In einer Sitzung im September beschloss der Verwaltungsausschuss der Stadt – nun auch mit den Stimmen von CDU und FDP – den Ausbau der Nordkurve einzuleiten. In der Begründung des Beschlusses wird darauf hingewiesen, dass Sanierung und Ausbau der Nordkurve notwendig sind, um das Stadion den heute in Deutschland üblichen Anforderungen anzupassen.

Millionen für Braunschweigs Forschung

Das Braunschweiger Helmholtz-Zentrum ist in der Infektionsforschung führend.

■ Mit 27 Forschungseinrichtungen und weltweit operierende Unternehmen ist Braunschweig der forschungs- und entwicklungsintensivste Standort Europas. Die Entwicklung dieses Bereiches ist für die wirtschaftliche Zukunft Braunschweigs von enormer Bedeutung, denn Investitionen schaffen hier wichtige Arbeitsplätze. Als Braunschweiger Bundestagsabgeordnete setzt Dr. Carola Reimann sich in Berlin besonders für die Förderung durch Bundesmittel ein.

Deswegen freut sie sich, dass diese Mittel für Wissenschaft und Forschung regelmäßig erhöht wurden. Bis 2010 sollen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ansteigen.



Dr. Carola Reimann

Für Braunschweig bedeutet das in Zahlen: Von 2002 bis 2005 sind 44 Millionen Euro als gezielte Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung nach Braunschweig geflossen. Im Vergleich dazu konnten diese Projektfördermittel in der Zeit von 2005 bis 2008 auf etwa 50 Millionen Euro erhöht werden. Daraus ergibt sich für den Zeitraum Oktober 2002 bis September 2008 eine Summe von etwa 94 Millionen Euro.

Allein an das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung (HZI) sind seit Oktober 2005 über 16,3 Millionen Euro geflossen. Diese Mittel gingen an Vorhaben aus den Bereichen „Gesundheit und Medizin“ und „Biotechnologie“.

Dr. Carola Reimann informiert sich in regelmäßigen Abständen über die Forschung des HZI. Zuletzt traf sie sich im September mit Prof. Rudi Balling, dem wissenschaftlichen Geschäftsführer, zu einem Informationsaustausch.

Jusos und SPD Braunschweig fordern:

Jugendherberge soll in das frühere FBZ

■ Seit 2003 gibt es in Braunschweig keine Jugendherberge mehr. Das ist für unsere Stadt mit rund 240 000 Einwohnern ein Armutszeugnis. Immerhin besteht parteiübergreifend Einigkeit, eine neue Herberge möglichst in der Innenstadt wieder zu eröffnen. Strittig ist allerdings der Standort für die neue Jugendherberge.

Die SPD-Ratsfraktion und die Jusos favorisieren das Gelände des ehemaligen Freizeit- und Bildungszentrums (FBZ). Dort könnte neben der Jugendherberge außerdem ein Tagungs- und Begegnungszentrum entstehen.

CDU und FDP verzögern eine zeitnahe Standortentscheidung. Sie hatten sich bereits 2006 mit der SPD geeinigt, dort eine Jugendherberge zu bauen, wenn sich bis Mitte 2007 kein Investor für ein Luxushotel findet. Ob-

wohl die Ausschreibungen bislang erfolglos waren, hoffen sie immer noch darauf, einen Hotel-Investor zu finden. Alternativ könnte die Jugendherberge dann am Geiershagen universitätsnah gebaut werden,

Die Jusos und die SPD-Ratsfraktion kritisieren, dass sich die CDU-FDP-Gruppe nicht an die Vereinbarungen gehalten hat und bei der Standortfrage zaudert. Um Druck zu machen, sammelten die Jusos bei ihrer 24-Stunden-Aktion auf dem Kohlmarkt und beim Magnifest zahlreiche Unterschriften für den Bau der Jugendherberge auf dem Gelände des FBZ im Bürgerpark. Denn bei einer zeitnahen Entscheidung könnte das Jugendherbergswerk, der Bauherr und Betreiber der Herberge, bereits im Jahr 2010 erste Schulklassen, Sport- oder Musikgruppen in Braunschweig begrüßen.



Bei der 24-Stunden-Aktion sammelten die Jusos zahlreiche Unterschriften für die Jugendherberge im Bürgerpark.

Foto: W. Labitzke

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

■ Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger haben die Gelegenheit, ihr Anliegen mit den SPD-Abgeordneten zu besprechen. Die Bürgersprechstunden finden statt im SPD-Büro in der Schlossstraße 8, 3. OG.

Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind :

- ▶ **Dr. Carola Reimann, MdB:**
 - Dienstag, 28. Oktober, von 9 - 17 Uhr
 - Donnerstag, 20. Nov., von 9 - 17 Uhr
- ▶ **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**
 - Mittwoch, 22. Oktober, ab 14.30 Uhr

Die Abgeordneten im Internet

www.carola-reimann.de

www.klaus-peter-bachmann.de

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (ViSdP), Alexander Gräbner, Manfred Pesditschek, Sigrid Herrmann, Matthias Stoffregen

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 45 000 Exemplare

Bankverbindung/Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11

SPD